

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:128272-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Rastorf: Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau  
2018/S 058-128272**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Zentralmülldeponie Rastorf GmbH  
Hoheneichen 20  
Rastorf  
24211  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Henning Becker, Geschäftsführer  
Telefon: +49 430783670  
E-Mail: [hbecker@awz-rastorf.de](mailto:hbecker@awz-rastorf.de)  
Fax: +49 43078025  
NUTS-Code: DEF0A  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.zmd-rastorf.de](http://www.zmd-rastorf.de)

**I.2) Gemeinsame Beschaffung**

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [www.zmd-rastorf.de](http://www.zmd-rastorf.de)  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

**I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

**I.5) Haupttätigkeit(en)**

Umwelt

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1) Umfang der Beschaffung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

Planungsleistungen endgültige Oberflächenabdichtung Zentralmülldeponie Rastorf im Kreis Plön

**II.1.2) CPV-Code Hauptteil**

71322000 - FC01

**II.1.3) Art des Auftrags**

Dienstleistungen

**II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Gegenstand des Auftrags sind sind Planungsleistungen für Ingenieurbauwerke für die Baumaßnahme „Realisierung einer endgültigen Oberflächenabdichtung auf der Zentralmülldeponie Rastorf im Kreis Plön“. Zu der Baumaßnahme zählen die Geländefreimachung einschließlich des Rückbaus oder Teilrückbaus der temporären mineralischen Oberflächenabdeckung, Profilierungsmaßnahmen zur Herstellung der notwendigen Mindestgefälle und der Endkubatur, die Herstellung der endgültigen Oberflächenabdichtung mit Rekultivierung gemäß den Anforderungen der Deponieverordnung (insbesondere deren Anhang 1) inklusive des Wegebaus für die spätere Befahrung, die Oberflächenwasserableitung und die Gasfassung.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 330 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

90712500

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEF0A

Hauptort der Ausführung:

Rastorf im Kreis Plön

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Siehe II.1.4. Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen für Ingenieurbauwerke entsprechend den Leistungsphasen 1 bis 9 der Anlage 12.1 zu HOAI. Beauftragt werden jeweils die Grundleistungen sowie nach näherer Maßgabe der Vergabeunterlagen auch Besondere Leistungen. Die Vergabe erfolgt unter dem Vorbehalt stufenweiser Beauftragung nach näherer Maßgabe des Vertragsentwurfs.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 330 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 42

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Die Angabe zur Laufzeit beruht auf einer Schätzung der Planungs- und Bauzeit (und unterstellt die Beauftragung der Bauoberleitung / Bauüberwachung). Die Laufzeit des Vertrages richtet sich nach dem Umfang der stufenweisen Beauftragung, den vereinbarten Terminzielen und dem Verlauf der Baumaßnahme.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Sind mehr als fünf geeignete Bewerber vorhanden, behält sich der Auftraggeber eine Begrenzung der Zahl der Bewerber vor, ein Anspruch auf die Begrenzung des Bewerberfeldes oder dessen maximale Größe besteht jedoch nicht. Eine strikte Höchstzahl wird nicht bereits jetzt festgelegt, sondern in Abhängigkeit von den

Angaben in den Bewerbungen und deren Bewertung nach den Auswahlkriterien. Die Auswahlkriterien sind den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen zu entnehmen (vgl. Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.5).

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Auftragsvergabe erfolgt unter dem Vorbehalt der stufenweisen Beauftragung. Die fest beauftragte Auftragsstufe 1 umfasst die Leistungen von der Grundlagenermittlung bis zur Genehmigungsplanung. Die optionale Auftragsstufe 2 umfasst die Leistungen der Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe und Mitwirkung bei der Vergabe. Die optionale Auftragsstufe 3 umfasst die Leistungsphasen der Bauoberleitung (ggf. einschließlich der Besonderen Leistung der örtlichen Bauüberwachung und weiterer besonderer Leistungen) und der Objektbetreuung. Der Abruf kann auch jeweils auf einzelne Leistungsphasen aus den Auftragsstufen oder Leistungen für Bauabschnitte beschränkt werden. Für die Baumaßnahme sind 3 Bauabschnitte vorgesehen.

Vorbehalten bleibt ferner die Beauftragung zusätzlicher oder geänderter Leistungen für die Planung der Baumaßnahme nach Erfordernis, Einzelheiten sind dem Vertragsentwurf zu entnehmen.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bedingungen:

EK-I. Wirksame Gründung;

EK-II. Erlaubnis zur Berufsausübung;

EK-III. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

PL1 Unternehmensprofil

PL2 Keine Straftaten

PL3.1 Eigenerklärung Steuern und Abgaben

PL3.2 Nachweis Sozialversicherungsbeiträge

PL4.1 Eigenerklärung Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht

PL4.2 Eigenerklärung AEntG, MiLoG

PL4.3 Eigenerklärung TTG-Auftragssperre

PL5 Keine Insolvenz o. Ä

PL6 Keine schweren Verfehlungen

PL7 Keine Vertragsverletzungen

Einzelheiten zu PL1 bis PL7 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4) geregelt und zu beachten!

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Kriterien:

EK-IV. Haftpflichtversicherung;

EK-V. Größenordnung Gesamtumsätze;

EK-VI. Größenordnung Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrags.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

WL1: Haftpflichtversicherung,

WL2: Gesamtumsatz,

WL3: Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags

Einzelheiten zu WL1 bis WL3 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4) geregelt und zu beachten!

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Kriterien:

EK-VII. Berufliche Erfahrung/Referenzen;

EK-VIII. Personalstärke;

EK-IX. Berufsqualifikation als beratender Ingenieur.

Einzelheiten sind aus Platzgründen in den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4), geregelt und zu beachten!

Hierzu geforderte Eigenerklärungen und Nachweise:

TL1: Referenzliste,

TL2: Angaben der Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte,

TL3: Erklärung zur Berufsqualifikation.

Einzelheiten zu TL1 bis TL3 sind in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4) geregelt und zu beachten!

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu EK-IX und TL3: Berufsqualifikation als beratender Ingenieur / beratende Ingenieurin, Fachrichtung

Bauingenieurwesen. Einzelheiten in den Vergabeunterlagen (Dokument Bewerbungsbedingungen, Abschnitt V.4).

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Beratende Ingenieure, Fachrichtung Bauingenieurwesen. AIK-Gesetz Schleswig-Holstein.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Beachtung der Tarifreuepflicht bzw. Pflicht zur Zahlung des vergabespezifischen Mindestlohns (9,99 EUR/h) nach § 4 Tarifreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein (TTG), Einräumung der im TTG vorgesehenen

Rechte (Vertragsstrafe, Kündigungsrechte, Prüfungsrechte) zu Gunsten des Auftraggebers und der zuständigen Behörden. Verpflichtungserklärungen nach dem TTG sind mit dem Angebot einzureichen (also noch nicht mit dem Teilnahmeantrag, nicht zu verwechseln mit der Eigenerklärung III.1.1 PL4.3, die schon mit dem Teilnahmeantrag einzureichen ist!).

Bei der Vergabe von Unteraufträgen an Nachunternehmer und bei der Beschäftigung von Leiharbeitskräften hat der Auftragnehmer die Verpflichtungen aus § 9 Abs. 3 TTG zu beachten (Hinweis auf den Charakter als öffentlicher Auftrag, Erklärungspflichten zu Tariftreue / Mindestlohn, keine ungünstigeren Bedingungen hinsichtlich der Zahlungsweise).

### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

#### IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

#### IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

#### IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

### IV.2) **Verwaltungsangaben**

#### IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

#### IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 24/04/2018

Ortszeit: 12:00

#### IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 02/05/2018

#### IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

#### IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 15/08/2018

#### IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

### VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 2 und 5 GWB, § 14 Abs. 3 VgV, § 17 VgV geführt.

Es sind zunächst Teilnahmeanträge zu stellen, denen die geforderten Erklärungen / Nachweise zur Eignung beizufügen sind (vgl. oben III.1 sowie die öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen). In den öffentlich bereitgestellten Vergabeunterlagen sind auch Einzelheiten zum Teilnahmewettbewerb beschrieben.

Mit den Vergabeunterlagen stellt der Auftraggeber unter derselben Internetadresse auch Formulare für den Teilnahmeantrag bereit, deren Verwendung empfohlen wird, soweit keine nachgewiesene Zertifizierung oder eine EEE vorgelegt wird.

Die im Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der Eignung und ggf. der Auswahlkriterien ausgewählten Teilnehmer werden nach dem Teilnahmewettbewerb gesondert zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Teilnahmeanträge und Angebote sind schriftlich abzugeben. Elektronische Teilnahmeanträge und Angebote sind unzulässig.

Für die sonstige Kommunikation ist zu beachten, dass E-Mails nicht den Anforderungen von § 11 Abs. 2 VgV an Vertraulichkeit und Sicherheit genügen. Regelungen zu den Kommunikationsformen und insbes. zum Versand geschützter E-Mails und zur Möglichkeit der Beantragung eines Kennworts finden sich in den Vergabeunterlagen (Dokument „Bewerbungsbedingungen“, Abschnitt IV.2 c.).

Die aufgeforderten Bieter haben mit der Angebotsabgabe (noch nicht mit dem Teilnahmeantrag) für sich und ihre Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit bei Angebotsabgabe bereits bekannt, die gemäß § 4 TTG erforderlichen Verpflichtungserklärungen (Tariftreue bzw. Zahlung des vergabespezifischen Mindestlohns von 9,99 EUR/h) abzugeben. Das entsprechende TTG-Formblatt 2 wird mit den Vergabeunterlagen bereitgestellt. Hinweis: Von der Verpflichtungserklärung ist die Erklärung zur TTG-Auftragssperre (PL4.3) zu unterscheiden, die schon mit dem Teilnahmeantrag abzugeben ist.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 94

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 4319884640

E-Mail: [vergabekammer@wimi.landsh.de](mailto:vergabekammer@wimi.landsh.de)

Fax: +49 4319884702

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Zentralmülldeponie Rastorf GmbH befindet sich gesellschaftsrechtlich in privater Hand. Sie versteht sich jedoch aufgrund besonderer Umstände als öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 99 Nr. 2 GWB: Die Gesellschaft nimmt die Aufgabe der Deponienachsorge und Rekultivierung als Gemeinwohlaufgabe im Auftrag des Kreises Plön wahr, dem der Planfeststellungsbeschluss für die Deponie erteilt wurde und der die Erfüllung dieser Aufgabe aufgrund vertraglicher Vereinbarungen mit der Gesellschaft auch teilweise finanziert und die Gesellschaft hierbei überwacht.

Ausgehend davon unterliegt das Vergabeverfahren den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer und dem Vergabesenat (§§ 155 ff. GWB). Die verbindliche Beurteilung, ob dies tatsächlich der Fall ist, obliegt jedoch nur den Nachprüfungsinstanzen selbst. Sollte die Gesellschaft kein öffentlicher Auftraggeber sein, so wäre das Nachprüfungsverfahren nicht eröffnet. Daher kann die Zentralmülldeponie Rastorf GmbH nicht ausschließen, dass ein etwaiger von einem Bewerber oder Bieter eingereichter Nachprüfungsantrag im Ergebnis mangels Auftraggeber-Eigenschaft dieser Gesellschaft als unzulässig verworfen wird. Das diesbezügliche Risiko übernimmt die Gesellschaft nicht und auch sonst keine Gewähr dafür, dass sie tatsächlich öffentlicher Auftraggeber ist.

Außerdem gilt: Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Der Auftraggeber ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§ 134 GWB).

Nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen hiervon sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 3 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
20/03/2018